

Antrag

der Fraktion DIE LINKE/ ÖDP im Kreistag des Landkreis Fürth

Antragsteller:innen:

KRin Marie Schöttner, KR Klaus John, KR Christian Löbel (Fraktion DIE LINKE / ÖDP im Kreistag des Landkreis Fürth)

Informationsfreiheitssetzung für den Landkreis Fürth

Der Kreisausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Entwurf für eine Informationsfreiheitssetzung für den Landkreis Fürth zu erarbeiten. Der Verwaltungsvorschlag ist in den Kreistag zur Behandlung einzubringen.

Begründung:

Ein wichtiger Baustein für die Teilhabe in unserer demokratischen Gesellschaft ist der Zugang zu Informationen. In Bayern wurde bereits 2000 das Bündnis „Informationsfreiheit für Bayern“ gegründet. Es geht dabei um das Recht einer jeden Bürger:in auf Einsicht in die Akten der öffentlichen Verwaltung. Das schafft Transparenz im öffentlichen Handeln und ist deshalb auch geeignet, der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. In Deutschland gibt es bereits in vielen Bundesländern Informationsfreiheitsgesetze auf Länderebene. Die Erfahrungen, die mit einem solchen Gesetz zum Beispiel in Brandenburg (1998), Berlin (1999), Schleswig-Holstein (2000) und Nordrhein-Westfalen (2001) gemacht wurden, sind positiv und beispielgebend. Leider hat der Freistaat Bayern die Chancen eines Informationsfreiheitsgesetzes noch nicht erkannt.

Auch in Bayern erleichtern mehr als 80 Kommunen, darunter auch Landkreise, mittels eigenen kommunalen IFG-Satzungen, den Bürger:innen den Zugang zu Informationen. Die Erfahrungen dieser Kommunen und Landkreise zeigen, dass eine kommunale Informationsfreiheitssetzung ein praktikabler und rechtssicherer Weg ist die Transparenz kommunalen Handelns zu erhöhen.

Eine Übersicht der bayerischen Kommunen finden Sie hier: <https://informationsfreiheit.org/ubersicht/>
Mustersatzungen können hier eingesehen werden: <http://informationsfreiheit.org/mustersatzung>